

21.04.2022

Stand: 22.04.2022, 08:00 Uhr

OPERATIVE LAGE

Die russischen Truppen setzen ihre Angriffe im Osten sowie Raketen- und Bombenangriffe auf Infrastruktureinrichtungen fort. Die Behauptungen der russischen Propaganda, Mariupol sei eingenommen worden, sind unwahr, da das ukrainische Militär weiterhin das Gebiet des Asow-Stahl-Werks kontrolliert.

Richtung Charkiw und Luhansk:

Nach Angaben des Leiters der Militärverwaltung der Region Charkiw, Oleh Sinehubow, wurden in der Nacht vom 20. auf den 21. April in Charkiw und der Region etwa 15 Granaten aus MLRS abgefeuert. Darüber hinaus wurden bestimmte Gebiete in Charkiw (Saltiwka, Bezirk des Charkiwer Traktorenwerks und Oleksijiwka), Derhatschi sowie die Solotschiwer und Tschuhujiwer Gebiete in der Region mit Artilleriebeschuss belegt. Nach vorläufigen Informationen wurden fünf Menschen durch den Beschuss verletzt. Am 21. April wurde Charkiw rund 50 Mal mit Artillerie und Mehrfachraketenwerfern beschossen. Oleh Sinehubow informierte über 2 tote und 2 weitere verletzte Zivilisten als Folge des Beschusses in Charkiw.

Aktive Kämpfe finden weiterhin in Richtung Isjum statt, wo Russland bis zu 25 Bataillone und taktische Gruppen konzentriert hat. Die russischen Truppen rücken in Richtung Sawody vor; sie versuchen, in der Nähe von Dibriwne Fuß zu fassen.

Der Leiter der Militärverwaltung der Region Luhansk, Serhij Haidai, dementierte Berichte, wonach russische Truppen Rubischne eingenommen zu haben scheinen. Der Generalstab der ukrainischen Streitkräfte berichtet, dass die Kämpfe in der Nähe der Stadt weitergehen. Auch in den Gebieten von Popasna und Nowotoschkiwske wird weiter gekämpft.

Richtung Donezk und Saporischschja:

Trotz russischer Erklärungen gehen die Kämpfe in Mariupol in der Nähe des Hafens und des Asow-Stahl-Werks weiter. Die russischen Truppen fliegen Luft- und Artillerieangriffe auf das Industriegebiet. Sie rücken auch im Norden der Region Donezk in Richtung Lyman vor und führen Angriffsaktionen in der Nähe der Siedlung Saritschne durch.

Der Beschuss an der Frontlinie hält an. Nach Angaben der regionalen Militärverwaltung von Donezk wurden im Laufe des Tages in der Region mindestens fünf Zivilisten (in Wuhledar, Jampil, Saritschne und Bachmut) verwundet.

Laut Iwan Arefjew, dem Vertreter der regionalen Militärverwaltung von Saporischschja, ist die Lage in der Region in Richtung Huljajpole-Polohy, wo es zu Stellungskämpfen kommt, nach wie vor am akutesten.

Russische Truppen haben zwei Raketenangriffe auf Saporischschja durchgeführt. Die Raketen landeten auf der Insel Chortyzja. 8 Menschen wurden verletzt. Der Evakuierungszug Saporischschja-Lwiw wurde ebenfalls beschädigt.

Richtung Dnipropetrowsk:

Walentyn Resnitschenko, Leiter der staatlichen Verwaltung der Oblast Dnipropetrowsk, erklärte, dass am 21. April drei Raketeneinschläge auf die Eisenbahnstrecke im Bezirk Nowomoskowsk der Oblast Dnipropetrowsk erfolgten. Fünf Zivilisten wurden durch die Angriffe verletzt.

Richtung Süden:

Der Generalstab der Streitkräfte der Ukraine berichtet von Versuchen russischer Truppen, sich Mykolajiw zu nähern. Die Beschießung der Stadt geht weiter. Aktuellen Berichten zufolge wurde bei dem Beschuss in der Nacht vom 20. auf den 21. April in Mykolajiw eine Person getötet, zwei Personen wurden verletzt. Russische Truppen führen auch Aufklärungsmissionen an der Frontlinie in der Nähe der Grenzen der Regionen Cherson und Dnipropetrowsk am rechten Ufer des Dnipro durch.

Informationskonfrontation

Der Generalstab der ukrainischen Streitkräfte berichtet, dass die Russen in mehreren Ortschaften des vorübergehend besetzten Gebiets von Cherson die Mobilisierung von Männern angekündigt haben und weiterhin ein so genanntes "Referendum" und eine "Volkszählung" planen. Den Anwohnern wurde verboten, zwischen den Siedlungen der Region zu reisen.

HUMANITÄRE LAGE

Die Ministerin für die Wiedereingliederung der vorübergehend besetzten Gebiete, Iryna Wereschtschuk, erklärte, dass der für den 21. April geplante humanitäre Korridor von Mariupol aus wegen des Beschusses in der Nähe der Sammelplätze nicht funktioniert habe. Der Bürgermeister von Mariupol, Wadym Bojtschenko, erklärte, dass Evakuierungsbusse mit 79 Einwohnern von Mariupol, denen es gelungen war, die Stadt am 20. April zu verlassen, in Saporischschja angekommen seien.

Nach Angaben des Leiters der Militärverwaltung von Krywyj Rih, Oleksandr Wilkul, wurde auch der humanitäre Korridor aus der Region Cherson unterbrochen. Außerdem wurde der Koordinator des Evakuierungskonvois, W.W. Marchuk, Vorsitzender der Vereinigten Territorialen Gemeinschaft Nowoworonzowka, gefangen genommen.

Ein neuer Gefangenenaustausch hat stattgefunden. Infolgedessen wurden 10 ukrainische Soldaten (zwei davon Offiziere) und 9 Zivilisten freigelassen.

Das Büro des UN-Hochkommissars für Menschenrechte verzeichnete am 20. April 5.264 zivile Opfer in der Ukraine als Folge der Aggression der Russischen Föderation (2.345 Tote, 2.919 Verletzte).

Jugendstaatsanwälte berichten, dass in der Ukraine mehr als 584 Kinder verletzt wurden. Bis zum Morgen des 21. April waren mindestens 208 Kinder getötet und 376 verletzt worden.

Die Internationale Organisation für Migration schätzt, dass mehr als 7,7 Millionen Ukrainer durch die russische Aggression vertrieben wurden. Etwa 5 Millionen weitere Menschen sind ins Ausland geflohen.

Die humanitäre Katastrophe in Mariupol verschlimmert sich angesichts der anhaltenden Bombardierung und der Blockade humanitärer Hilfe durch das russische Militär. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskij berichtet, dass derzeit mehr als 400 verwundete Militärangehörige in der Stadt blockiert sind; auch Zivilisten sind verwundet. Nach Angaben von Selenskij sind 95-98% aller Gebäude in Mariupol zerstört worden.

Der Berater des Bürgermeisters von Mariupol, Petro Andrjuschtschenko, sagte, die russischen Streitkräfte hätten ein weiteres Kriegsverbrechen begangen. Er verwies insbesondere auf die Organisation eines Massenbegräbnisses für gefallene Einwohner von Mariupol in dem Dorf Manhusch. Die Journalisten von Radio Swoboda erhielten Satellitenbilder, auf denen der wahrscheinliche Ort des Massengrabs - ein mehr als 300 Meter langer Graben - zu erkennen war. Im Vergleich dazu betrug die Länge des Grabens des Massengrabes in Butscha, in dem 67 Leichen gefunden wurden, 13,7 Meter.

Der ukrainische Verteidigungsnachrichtendienst teilte mit, dass alle besetzten Siedlungen im Rajon Welykyj Burluk, Region Charkiw, vom russischen Militär blockiert wurden. Es ist nur möglich, in das Gebiet der Russischen Föderation zu reisen. Humanitäre Transporte aus den ukrainisch kontrollierten Gebieten werden blockiert. Die Anwohner wurden gewarnt, dass Freiwillige, die versuchen, Hilfe zu leisten, erschossen werden.

Die russische Delegation bei den Vereinten Nationen lehnte den österlichen Appell von UN-Generalsekretär António Guterres ab, eine viertägige humanitäre Pause einzulegen, damit Zivilisten, die die Kampfgebiete verlassen und humanitäre Hilfe in die am stärksten betroffenen Teile der Ukraine bringen wollen, sicher passieren können.

WIRTSCHAFTLICHE LAGE

Die stellvertretende Wirtschaftsministerin Julija Swyrydenko teilte mit, dass die Regierung einen Plan für die Erholung der Ukraine nach dem Krieg entwickelt hat, der den EU-Beitritt der Ukraine im Jahr 2024, die Energieunabhängigkeit, den Übergang von Rohstoffexporten zu verarbeiteten Produkten und die Entwicklung von Militärtechnologien vorsieht.

Der ukrainische Premierminister Denys Shmyhal erklärte, dass die Erholung der Ukraine von der russischen Invasion 600 Milliarden Dollar kosten würde. Schmigal rief die Mitglieder des Internationalen Währungsfonds auf, 10 Prozent der vom IWF erhaltenen Reserven zur Unterstützung des Projekts zu spenden.

Der Präsident der Weltbank, David Malpass, erklärte, die materiellen Schäden an der ukrainischen Infrastruktur beliefen sich auf 60 Mrd. USD und würden mit Fortdauer des Krieges noch weiter ansteigen. In dieser Schätzung sind die wirtschaftlichen Verluste durch den Krieg nicht enthalten.

POLITISCHE UND DIPLOMATISCHE ENTWICKLUNGEN

Der dänische Premierminister Mette Frederiksen und der spanische Premierminister Pedro Sanchez haben Kyjiw besucht. Im Rahmen ihres Besuchs besuchten sie das von der russischen Besatzung befreite Borodjanka in der Region Kyjiw. Bei ihrem Treffen mit dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskij erörterten sie Möglichkeiten zur Stärkung der ukrainischen Verteidigungskapazitäten, die Wiederherstellung der Ukraine nach dem Krieg und die Aussichten für ihre europäische Integration.

Im Anschluss an den Besuch bekräftigte die dänische Ministerpräsidentin Mette Frederiksen ihr Einverständnis mit dem Vorschlag der Ukraine, den Wiederaufbau von Mykolajiw nach dem Krieg zu leiten. Darüber hinaus kündigte sie eine Aufstockung der Militärhilfe für die Ukraine an. Der spanische Premierminister Pedro Sanchez kündigte an, dass Spanien ein Expertenteam zur Untersuchung von Kriegsverbrechen in der Ukraine entsenden werde. Er bestätigte auch, dass eine Ladung spanischer Militärhilfe (200 Tonnen Munition und anderes Material, 20 gepanzerte Fahrzeuge) an die Ukraine geschickt werden soll.

Während seines Besuchs in den USA führte der ukrainische Ministerpräsident Denys Shmyhal eine Reihe von Gesprächen mit US-Politikern und Beamten - US-Präsident Joe Biden, Finanzministerin Janet Yellen und die Sprecherin des Repräsentantenhauses Nancy Pelosi. Während des Treffens diskutierten sie über die Ausweitung der finanziellen Unterstützung für die Ukraine, die Verhängung weiterer Sanktionen gegen Russland sowie die Bereitstellung humanitärer Hilfe für die Ukraine.

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskij hat das portugiesische Parlament gebeten, der Ukraine Leopard-Panzer, gepanzerte Mannschaftstransporter und Garpoon-Schiffsabwehrraketen zur Verteidigung gegen eine russische Aggression zu liefern. Er sprach auch über die Notwendigkeit, die Sanktionen gegen Russland zu verschärfen und über die grundsätzliche Entscheidung europäischer Unternehmen, sich vom russischen Markt zurückzuziehen und die portugiesischen Häfen für russische Schiffe zu schließen.

Joe Biden rief zu einem neuen Militärhilfepaket von 800 Millionen Dollar für die Ukraine auf. Das Pentagon hat den Inhalt später detailliert beschrieben. Dazu gehören insbesondere 72 155-mm-Haubitzen und 144.000 Stück Artilleriemunition, 72 taktische Haubitzen-Zugfahrzeuge, über 121 taktische Drohnen des Typs Phoenix Ghost sowie Feldausrüstung und Ersatzteile.

Außerdem werden die Vereinigten Staaten der ukrainischen Regierung direkte Wirtschaftshilfe in Höhe von 500 Mio. USD gewähren. Darüber hinaus verbieten die Vereinigten Staaten russischen Schiffen das Einlaufen in US-Häfen.

Das Vereinigte Königreich hat der Ukraine Finanzhilfe in Höhe von 500 Mio. USD in Form von Kreditbürgschaften gewährt, um die wirtschaftlichen Folgen des russisch-ukrainischen Konflikts abzumildern.

Das Vereinigte Königreich verhängte außerdem weitere Sanktionen gegen Russland: Es verbot die Einfuhr von Holz und einer Reihe von Luxusgütern und erhöhte die Zölle auf

den Handel mit Russland. Weitere 26 russische Bürger und Unternehmen, darunter hochrangige Militärs, die in Kriegsverbrechen in der Ukraine verwickelt sind, wurden auf die Sanktionsliste gesetzt.

Wolodymyr Selenskij sprach auf einer Konferenz der Weltbank, wo er unter anderem den Ausschluss Russlands aus der Institution und die Einführung einer speziellen "Kriegssteuer" auf alle russischen Handels- und Finanztransaktionen forderte. Das Geld sollte für den Wiederaufbau der Ukraine verwendet werden.

Der litauische Verteidigungsminister Arvydas Anušauskas erklärte, sein Land habe der Ukraine schwere Mörser, MANPADs, Panzerabwehrwaffen, Granaten, Munition und Maschinengewehre übergeben. Der Gesamtwert der übertragenen Militärhilfe beläuft sich auf mehrere zehn Millionen Euro. Die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock erklärte ihrerseits, dass Berlin bereit sei, der Ukraine die erforderlichen Waffen, einschließlich gepanzerter Fahrzeuge, zu liefern. Slowenien ist bereit, eine Partie T-72-Panzer an die Ukraine zu liefern, wenn der Verlust dieser Waffen Ljubljana durch die Lieferung deutscher BMPs und gepanzerter Fahrzeuge ausgeglichen wird.

In einer außerordentlichen Sitzung hat das estnische Parlament einstimmig eine Erklärung angenommen, in der die Kriegsverbrechen Russlands in der Ukraine als Völkermord anerkannt werden. Zusammen mit Estland hat auch das Parlament der Republik Lettland einen ähnlichen Beschluss gefasst.

Die Informationen in dieser Zusammenfassung stammen aus offiziellen Quellen - Berichten der ukrainischen staatlichen Behörden sowie ukrainischer und internationaler Nachrichtenagenturen. Die Glaubwürdigkeit der Daten wird vom Projektteam strengstens überprüft und bestätigt, wenn Fake News entdeckt werden.